

Offizielle Tibet-Anhörung in Bonn

Durchbruch hinter verschlossenen Türen?

Fotos: Studio Bulmer

„*Ich bin überzeugt*, daß es eine Lösung für das Tibet-Problem gibt. Heute nach dieser Anhörung sehe ich mich darin noch bestärkt,“ sagte der Dalai Lama in einer Pressekonferenz nach der Anhörung zur Lage in Tibet, die der Auswärtige Ausschuß des Bundestages am 19. Juni 1995 in Bonn abgehalten hatte.

Die Vertreter aller im Bundestag vertretenen Parteien sprachen im Hinblick auf die Tibet-Frage vom „parteiübergreifenden Konsens“: Aufgrund von „unerträglichen Menschenrechtsverletzungen der chinesischen Regierung“ und „dem kulturellen Völkermord“ an den Tibetern, wie die Repräsentanten der Parteien es formulierten, sei die Bundesrepublik zum Handeln aufgefordert. Es gelte, Druck auszuüben, damit China, wie es der Dalai Lama seit Jahren fordert, sich endlich zu Verhandlungen mit der tibetischen Exilregierung bereitfindet.

Der Dalai Lama betonte in seiner Rede vor dem Auswärtigen Ausschuß, daß die Diskussion um tibetische Unabhängigkeit oder Autonomie zweitrangig sei. Allgemein sei es heute an der Zeit, so das tibetische Oberhaupt, sich für größere, staatenübergreifende Gemeinschaften zu öffnen. Im Hinblick auf die Tibet-Frage müsse es das oberste Anliegen sein, Glück für die Tibeter zu erlangen, „das Maximum an Glück“. Und er ließ keinen Zweifel an seiner Politik des Mittleren Weges aufkommen, mit der er eine Lösung anstrebt, die sowohl für China als auch für Tibet annehmbar ist. Gleichzeitig ließ der Dalai Lama durchblicken, daß seine Haltung der Gewaltlosigkeit durch die dramatisch schlechte Situation in Tibet geschwächt worden ist.

Die Menschenrechtsverletzungen richteten sich „gegen die Tibeter als Volk, das sich zu einer eigenen Identität bekennt und sie zu wahren sucht“. „Die Tibetfrage ist von Grund auf politisch. Es handelt sich um eine Kolonialherrschaft: Tibet wird von der Volksrepublik China unterjocht, und das tibetische Volk leistet dage-

gen Widerstand.“ Die Tibeter seien auf massive internationale Unterstützung angewiesen: „Unsere eigenen Anstrengungen allein werden nicht ausreichen, China an den Verhandlungstisch zu bringen“. Deshalb solle die Bundesregierung als Vermittler zwischen Chinesen und Tibetern fungieren. Den in Regierungskreisen verbreiteten Sprachgebrauch, Tibet sei „ein Teil Chinas“ lehnte der Dalai Lama ab. Stattdessen könne man sich an der indischen Regierung orientieren, die Tibet als „Autonome Region in der Volksrepublik“ bezeichnet.

Menschenrechtsverletzungen nicht verifizierbar? Regierungsvertreter im Feuer der Kritik

Ob die deutsche Regierung einer Vermittlerrolle gerecht werden kann, steht auf einem anderen Blatt. Noch immer ist aus Regierungskreisen zu hören, daß „Tibet ein Teil Chinas ist“. Karl-Walter Lewalter, Asienbeauftragter im Auswärtigen Amt, nannte vor dem Ausschuß die Menschenrechtssituation in Tibet zwar „kritisch“, aber er schwächte dies an vielen Punkten ab: Die politische Situation in China habe sich in den letzten zehn Jahren nicht verschlimmert, und in puncto Menschenrechten sei „Vieles nicht verifizierbar“. Lewalter stellte sich auf den Standpunkt, daß es „keine Benachteiligung der Tibeter in sozio-ökonomischer Sicht gibt“, daß die Migration der Chinesen nach Tibet sich weitgehend „unkontrolliert“ und „freiwillig“ vollzöge und daß die „Integrität des chinesischen Staates gewahrt bleiben muß“.

Für diese Darlegungen erntete er Kritik von Vertretern der CDU und SPD; die geladenen Experten widerlegten Lewalter in vielen Punkten. Tenzin Palbar, der selbst 20 Jahre in chinesischen Gefängnissen und Arbeitslagern eingesperrt war, beklagte, daß allein in seiner Heimatprovinz Amdo (heute Qinghai) zwischen 1954 und 1989 über eine Million Chinesen zugewandert seien. Peking sei nahe daran, mit dem Bevölkerungstransfer



Der Vorsitzende des Unterausschusses für Menschenrechte, Christian Schwarz-Schilling, begrüßt den Dalai Lama vor der für die Tibeter wichtigen Sitzung.

nach Tibet etwas zu erreichen, was Repression und militärische Macht nicht vermocht hätten: die Identität des tibetischen Volkes zu zerstören und die Tibeter zu einer Minderheit im eigenen Land zu machen.

Dirk Pleiter von amnesty international wies auf massive Menschenrechtsverstöße in Tibet hin. Folter ist laut amnesty in Tibet an der Tagesordnung. Ende 1994 gab es nach Informationen von amnesty 628 politische Gefangene. In den ersten drei Monaten dieses Jahres seien weitere 123 Festnahmen aus politischen Gründen erfolgt. Robbie Barnett vom „Tibet Information Network“ ergänzte, daß 95 Prozent aller politischen Gefangenen angeklagt werden, die „Einheit des Mutterlandes“ zu gefährden — zum Beispiel durch das Eintreten für die Unabhängigkeit Tibets. Für die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ sagte Klemens Ludwig, daß Tibet durch die chinesische Siedlungspolitik immer mehr zu einer chinesischen Provinz werde. In Lhasa beispielsweise würden durch die Vernichtung der alten tibetischen Stadtkultur Fakten geschaffen, die das politische System langfristig zementierten.

Tibet ist nicht Teil Chinas, sondern ein besetztes Land

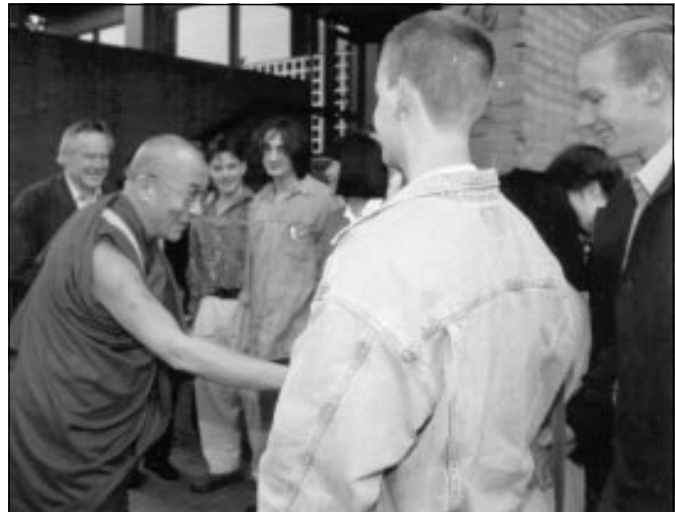
Michael van Walt van Praag, der als Sprecher der UNPO (Unrepresented Nations and Peoples Organization) eingeladen war, betonte mit Nachdruck, daß Tibet vor dem Einmarsch der Chinesen ein unabhängiger Staat war, der alle Attribute eines Staates aufwies: ein Territorium, ein Volk, das dieses Territorium bewohnte, und eine Regierung, die in der Lage war, internationale Beziehungen zu pflegen. Tibet hatte neben einer eigenen Regierung ein Außenministerium, eine kleine Armee, ein Rechts- und Steuersystem sowie eine Währung. Im Zweiten Weltkrieg hatte Tibet seine Neutralität erklärt, was für einen nicht-souveränen Staat nicht möglich gewesen wäre.

Bis heute, so Michael van Walt, sei Tibet rechtlich gesehen „ein unabhängiger Staat unter illegaler Besatzung durch die Volksrepublik China“. China habe Tibet mit Waffengewalt besetzt, aber Souveränität über ein Staatsgebiet ergebe sich nicht durch die Anwendung

oder Androhung von Gewalt. Nichts illustrierte die Tatsache, daß Tibet ein besetzter Staat ist, besser als die Existenz einer Exilregierung, wobei es sich hier um die einzige funktionierende Exilregierung der Welt handele. Tibet sollte aus diesem Grund nicht als „Teil Chinas“ bezeichnet werden.

Was kann die Bundesregierung tun? Michael van Walt forderte die deutschen Politiker auf, die Tatsache zur Kenntnis zu nehmen, daß Tibet eine eigenständige Nation sei und China sich in Tibet als Kolonialmacht gebärde, die „rassistische Diskriminierung“ betreibe. „China muß angewiesen werden, seine Kolonien aufzugeben wie andere Länder es auch tun mußten.“ Robbie Barnett verwies auf den besonderen Einfluß Deutschlands, weil es der größte Handelspartner Chinas in Europa ist. Wichtig sei es, mehr über die Situation in Tibet in Erfahrung zu bringen. Es sei unumgänglich, Diskussionen mit Wirtschaftsunternehmen zu führen und Geschäfte an Menschenrechte zu knüpfen. Auch Entwicklungshilfe sollte unter Berücksichtigung der Menschenrechtssituation vergeben werden. Der Schwerpunkt sollte auf kleineren Projekten vorzugsweise im ländlichen Bereich liegen, die den Tibetern zugutekommen. Die Tibeter haben nicht nur politisch und religiös, sondern auch wirtschaftlich gesehen noch nie in ihrer Geschichte so viel Leiden erlebt wie heute.

Birgit Stratmann



Der Ethikkurs des Technischen Gymnasiums Offenburg nahm auf Einladung von Wolfgang Schäuble, CDU, an der Tibet-Anhörung teil. Vorausgegangen war ein Brief des Ethik-Kurses an Kanzler Helmut Kohl zur China-Politik der Regierung. Die Schüler trafen Seine Heiligkeit, der die Gewerbeschule bereits 1983 besichtigt hatte, zu einem kurzen Gespräch vor dem Bundestag. Eine besondere Verbindung besteht zwischen der Schule und dem Kloster Sera in Südindien: Offenburger Schüler und Lehrer finanzieren Lehrstellen und Laboreinrichtungen für den naturwissenschaftlichen Unterricht.

Der Dalai Lama wurde 60 Jahre alt



Geburtstag mit politischen Akzenten

Fotos: Studio Bulmer

Am Morgen seines Geburtstages betete der Dalai Lama an der Verbrennungsstätte von Mahatma Gandhi. Buddhisten, Christen, Hindus, Jains, Moslems und Sikhs würdigten den Mann, den der Dalai Lama sein Vorbild nennt.

Knapp 200 Delegierte aus 18 Staaten der Erde kamen drei Tage lang in New Dehli zusammen, um den 60. Geburtstag des Dalai Lama zu feiern. Vor dem eigentlichen Festtag am 6. Juli 1995 fand ein zweitägiges Symposium zum Thema „Gewaltfreiheit, Mitgefühl und Visionen für das 21. Jahrhundert“ statt. Mit dieser kulturellen Veranstaltung wurde vordergründig den Wünschen der indischen Regierung Rechnung getragen, keinen „politischen“ Geburtstag zu begehen. Dennoch war die Politik, das heißt die Situation im besetzten Tibet, ständig präsent — zu sehr verkörpert der Dalai Lama selbst im Exil die geistliche und weltliche Autorität des Himalaya-Staates, zu erdrückend ist die anhaltende Repres-

sion durch die chinesische Armee in seiner Heimat. Zu der eigentlichen Feier in der großen Versammlungshalle des Ashok Hotels erschienen mehr als 2000 Menschen, darunter zahlreiche Prominente des Gastgeberlandes. Bei der Veranstaltung blieben die politischen Stellungen im Hintergrund, obwohl Grußbotschaften von führenden Persönlichkeiten in New Dehli eingetroffen waren. Unter ihnen befanden sich Schreiben des UN-Generalsekretärs Boutros Ghali, Nelson Mandela, Václav Havel, Jimmy Carter und Michael Gorbatschow sowie des US-Vizepräsidenten Al Gore.

Der Dalai Lama forderte die Industrienationen auf, ihren Reichtum mit den Armen zu teilen. „Eines der gefährlichsten Probleme ist die Kluft zwischen dem Norden und dem Süden, zwischen den Reichen und Armen“, beklagte der Dalai Lama in einer Rede. „Ehe die reichen Länder nichts unternehmen, die gegenwärtigen Konsummuster zu verändern, wird es weder genügend Ressourcen geben, um den bestehenden ungleichen Verbrauch fortzuführen noch wird der Rest der Welt in Frieden leben können“, fügte er hinzu.

Politische Akzente setzte die deutsche Delegation. Ihr Leiter, der CDU-Fraktionsvorsitzende im hessischen Landtag, Roland Koch, erinnerte an die Unterdrückung des tibetischen Volkes und würdigte den strikt gewaltfreien Kampf um die grundlegenden Menschen- und Völkerrechte in der Heimat des Geehrten. Den nächsten runden Geburtstag wünschte er im Potala-Palast eines freien Tibet zu feiern.



Am Rande der Feierlichkeiten stellte die Friedrich-Naumann-Stiftung ein neues Buch mit Schriften des Dalai Lama vor: „Universal Heritage. The Spirit of Tibet“. Die Naumann-Stiftung gehört zu den wichtigsten Förderern der Tibeter im Exil.

Klemens Ludwig

„Die Not der Frauen in Tibet“ – kein Thema der Weltfrauenkonferenz in Peking

„Die Not der Frauen in Tibet“ heißt eine Broschüre, die die Regionalgruppe Hamburg der Tibet Initiative Deutschland e.V. anlässlich der im September in Peking stattfindenden Weltfrauenkonferenz der UNO herausgebracht hat. Die Hamburger Tibet-Freunde haben einen von der tibetischen Frauenvereinigung veröffentlichten Text („Plight of the Tibetan Women“) übersetzt. „Die Volksrepublik China begeht geschlechtsspezifische Menschenrechtsverletzungen an tibetischen Frauen, insbesondere durch ihre Verweigerung des Rechts auf Fortpflanzung und die strenge Bestrafung weiblicher Proteste für die Unabhängigkeit“, heißt es in „Die Not der Frauen in Tibet“.

Häufig werden tibetische Frauen zu Abtreibungen und Sterilisationen gezwungen, wenn ihre Kinderzahl die gesetzlich festgelegte Norm überschreitet. Es mehren sich Anzeichen für eine verstärkte Geburtenkontrolle mit „erbhygienischer Absicht“. So ist Abtreibung obligatorisch, wenn beispielsweise bei dem Ungeborenen eine geistige oder körperliche Behinderung festgestellt wurde. Auch sind Fälle bekannt, in denen geistig behinderte Frauen zwangssterilisiert wurden. Es gibt Fälle, in denen die Säuglinge sofort nach der Geburt eine tödliche Spritze erhielten, während den Müttern erzählt wurde, ihr Kind sei tot geboren.

Die tibetischen Nonnen spielen eine besondere Rolle im politischen Kampf der Tibeter. Seit dem Herbst 1987 wurden fast die Hälfte aller friedlichen Demonstrationen allein von Nonnen organisiert. Über 50 Prozent der demonstrierenden Frauen wurden verhaftet, zumeist ohne Gerichtsverfahren. In chinesischen Gefängnissen sind sie oft schwerer Folter ausgesetzt, vor allem sog. sexuellen Übergriffen: „Verletzung der Brustwarzen, elektrische Stromstöße in die Vagina und das Einwickeln von Brust und Körper mit elektrisch geladenen Drähten. Aufgrund dieser Foltermethoden starben etliche Nonnen.“ („Die Not der Frauen in Tibet“) Derartige Foltermethoden sind nicht nur menschenunwürdig, sondern stellen auch einen Angriff auf die Religion dar, da die Nonnen das Keuschheitsgelübde abgelegt haben. In der Broschüre der Tibet Initiative Deutschland sind Portraits verschiedener Frauen und viele weitere Hintergrundinformationen nachzulesen.

Chinesische Weltfrauenkonferenz in Peking

Auf der Agenda der UN-Weltfrauenkonferenz in Peking fehlten Themen wie Zwangssterilisationen und -abtreibungen in Tibet sowie Folter und Inhaftierung tibetischer Frauen, weil bestimmten tibetischen Frauen bzw. Organisations, die sich für die Rechte der Frauen in

Tibet einsetzen, der Zutritt verweigert wurde. Individuen oder Organisationen, die aus chinesischer Sicht ein „Sicherheitsrisiko“ darstellen, haben von den Behörden kein Einreisevisum bekommen. Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen steht hinter dieser Entscheidung; er hat am 21. Juli die Empfehlung ausgesprochen, eben diese Tibeterinnen für die Konferenz nicht zu akkreditieren. Diese Politik steht in krassem Gegensatz zu den Richtlinien der UNO selbst, die Initiator dieser Konferenz ist. Es entbehrt nicht der Ironie, daß China gerade die Rechte verletzt, die die Konferenz einzufordern hätte: die Rechte der Frauen, auf allen Ebenen der Gesellschaft zu partizipieren.

Auch durch die Verlegung der Konferenz der Nicht-Regierungsorganisationen an einen Ort, der 50 Kilometer von Peking entfernt liegt, hat die chinesische Führung klargemacht, daß sie kritische Stimmen nicht duldet. Darüber hinaus wurden chinesische Übersetzer der offiziellen Konferenz angewiesen, alle Aussagen, die sich auf Tibet beziehen, nicht zu übersetzen. Sie sollten, wenn die Rede auf Tibet kommt, entweder ihre Mikrophone ausschalten oder vorgeben, das Gehörte nicht verstanden zu haben. Nur wenige Tage vor der Konferenz hat die chinesische Führung die Menschenrechtsaktivistin Ding Zilin zusammen mit ihrem Ehemann festgenommen. Das Ehepaar, dessen Sohn bei dem Tianamen-Massaker 1989 erschossen wurde, hatte in den vergangenen Jahren unermüdlich vom Staat gefordert, die Pro-Demokratie-Bewegung nicht als „konterrevolutionär“ einzustufen. Die Festnahme erfolgte ohne offiziell angegebenen Grund; Beobachter gehen davon aus, daß Ding Zilin daran gehindert werden sollte, während der Weltfrauenkonferenz mit Journalisten Kontakt aufzunehmen.

Trotz ihrer Benachteiligung auf der offiziellen Konferenz ließen es sich Tibeterinnen nicht nehmen, beim Frauenforum der Nicht-Regierungsorganisationen gegen die Unterdrückung der Tibeter durch China zu demonstrieren. Neun Frauen einer tibetischen Frauenorganisation im Exil nahmen den 30. Jahrestag der Errichtung der sog. Autonomen Region Tibet durch China zum Anlaß, Freiheit für Tibet zu fordern, unterstützt von etwa 200 Delegierten. Die Sicherheitskräfte beobachteten die 20-minütige Aktion, griffen jedoch nicht ein.

„Fälle konterrevolutionärer Aktivitäten nehmen noch immer zu...“

Chinesische Polizisten verhafteten im Jahre 1994 doppelt so viele „tibetische Separatisten“ wie 1993, wobei mehr als vier Fünftel der Inhaftierten Nonnen und Mönche waren, wie die regierungstreue Zeitung Tibetan Daily im Juni veröffentlichte. „Fälle konterrevolutionärer Ak-

tivitäten nehmen noch immer zu“, sagte der „Chef-Ankläger“ Tibets, Tudeng Caiwang. Tibets Regierungschef Gyaincain Norbu setzte sich bereits Anfang Juni für eine gründliche Untersuchung der Klöster ein und forderte strenge Strafen für „subversive Mönche und Nonnen.“

40.000 Mönche und Nonnen leben zur Zeit in 1680 Klöstern. Es ist nicht erlaubt, neue Klöster zu bauen, neue Novizen dürfen nicht aufgenommen werden. Viele Nonnenklöster werden gedrängt, schriftlich zu versichern, daß sie keine politischen Aktivitäten unterstützen und die Exilregierung des Dalai Lama nicht anerkennen. Nonnen, die inhaftiert waren, dürfen nicht ins Kloster zurückkehren.

amnesty international hatte Ende Mai Kenntnis von 628 politischen Gefangenen, wobei einige erst 12 Jahre alt sind. Besonders Mönche und Nonnen, so die Menschenrechtsorganisation in ihrem neuen Jahresbericht, bekämen hohe Strafen, wenn sie sich für die Unabhängigkeit ihres Landes einsetzten. Im Juli letzten Jahres beispielsweise seien fünf Mönche zu 12-15 Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil sie angeblich das Namensschild an einem Regierungsgebäude zerbrochen und statt dessen Unabhängigkeits-Slogans dort angebracht hätten. Das Urteil gegen die Mönche wurde in einem Schauprozeß vor einigen Tausend Zuschauern verkündet, der auch im tibetischen Fernsehen übertragen wurde.

Berichten von Menschenrechtsorganisationen zufolge intensiverte sich die politische Spannung in Tibet im Juli dieses Jahres im Vorfeld des 30. Jahrestages der Gründung der „Autonomen Region Tibets“, den die Chinesen Anfang September feierten. Ende Juni entschärfte die Polizei eine Bombe, die an einem Denkmal an der Straße zwischen Qinghai und Sichuan deponiert war, wie die „International Campaign for Tibet“ berichtete. Das Denkmal erinnert an die Fertigstellung der Straßen zwischen der sog. Autonomen Region Tibet und den Provinzen. Zwei europäische Touristen, die versuchten, Aufnahmen von dem Denkmal zu machen, wurden kurzzeitig inhaftiert und zwei Stunden lang verhört.

Die Sicherheitsmaßnahmen wurden überall in Tibet verschärft. Die chinesischen Behörden in Lhasa haben mobile, bewaffnete Patrouillen organisiert, die rund um die Uhr in der Hauptstadt Tibets aufmarschieren. Sie dienen dazu, die „öffentliche Ordnung zu verbessern“ und den Schutz von Menschen und Besitz zu gewährleisten“, wie es offiziell heißt. Auch erhöhten die Chinesen die Zahl der Sicherheitsposten auf den großen Straßen. Fahrzeuge, die beispielsweise vom Flughafen nach Lhasa fahren, müssen an vier bis sechs Kontrollpunkten anhalten, an denen schwer bewaffnete Soldaten stehen. Die Behörden haben angeordnet, für die erste Septemberhälfte nur unter besonderen Bedingungen Visa an Touristen zu vergeben.

Touristen in Lhasa aufgegriffen

Drei Ausländer wurden im Juni aus Tibet ausgewiesen, weil sie Briefe von tibetischen Mönchen außer Landes bringen wollten. Die Mönche waren bei Demonstrationen verhaftet worden. China betrachtet die Weitergabe von Informationen über Häftlinge als einen Verstoß gegen das Staatsgeheimnis, der Haftstrafen von 13 Jahren nach sich ziehen kann. Ein amerikanischer Tourist wurde am Flughafen von Lhasa aufgegriffen; auch er hatte Briefe von Tibetern im Gepäck. In den Sommermonaten konfiszierte die Polizei in Lhasa neben Tagebüchern und Reiseführern sechs Briefe in tibetischer Sprache, 30 Fotofilme und acht Audio-Kassetten von Touristen.

Das „Tibet Information Network“ meldete, daß die chinesischen Sicherheitskräfte ihre Kontrolle auch über die Touristen verschärft haben. Die Chinesen glauben, daß die tibetische Unabhängigkeits-Bewegung von „feindlichen westlichen Kräften, angeführt von Amerika“ manipuliert werde, die sich für die Unabhängigkeit Tibets und der Inneren Mongolei von China einsetzten.

UNO verstößt gegen eigene Menschenrechtserklärung

Die UNO ist bekannt für ihre Sympathie mit dem mächtigen China. Vor zwei Jahren, bei der Weltmenschrechtskonferenz in Wien, wollte sie — mit Rücksicht auf Peking — den Dalai Lama partout nicht teilnehmen lassen. Nun, zu ihrem 50-jährigen Geburtstag, hat sie sich einen neuen Fauxpas erlaubt: Die Verantwortlichen haben in ihrem Jubiläumsbuch „Eine Vision der Hoffnung“ den Namen und die Zitate des Dalai Lama gestrichen.

Die UNO hatte 15 Menschenrechtler beauftragt, über ihre Arbeit in den letzten 50 Jahren zu berichten. Richard Reoch, ehemaliges Vorstandsmitglied von amnesty international, hatte in seinem Bericht ein Zitat vom Dalai Lama gebracht: „Es liegt in der Natur des Menschen, sich nach Freiheit, Gleichheit und Würde zu sehnen. Und alle haben das gleiche Recht, dies zu erreichen. Gewalttätige Mächte, ganz gleich wie stark sie sind, können niemals den Urwunsch nach Freiheit und Würde unterdrücken.“

„Diese Zeilen sind nicht akzeptabel“, schrieb der Zensor, Gillian Martin Sorensen im Auftrag von Generalsekretär Butros-Ghali. Nicht den Inhalt fand Sorensen inakzeptabel, sondern die Tatsache, daß die Worte vom Dalai Lama stammen. „Wir wollen in dem Buch, das unser Emblem trägt, niemanden vor den Kopf stoßen“, sagte ein Sprecher der UNO — vor allem nicht China, bleibt hinzuzufügen. Die Vereinten Nationen möchten China nicht verstimmen. Die Autoren protestierten gegen die Zensur: „Damit verstößt die UNO gegen ihre eigene Menschenrechtserklärung von 1948, in der es im Artikel 19 heißt, daß die Vereinten Nationen für die

Menschenrechte eintreten sollen. Statt dessen macht sie einen Kniefall vor Regierungen, die gegen diese seit Jahren verstoßen,“ formulierte es Buch-Lektor Jonathan Powers.

Nepal liefert tibetische Flüchtlinge an China aus

Nepal hat 53 Tibeter, einschließlich 12 tibetische Kinder, der chinesischen Polizei übergeben, die auf der Flucht nach Indien waren. Das „Tibet Information Network“ berichtete, daß Kathmandu damit eine politische Kursänderung eingeschlagen hat. Diese Änderung erfolgte wenige Tage, nachdem der nepalesische Premierminister der kommunistischen Regierung, Man Mohan Adhikary, seinen ersten Besuch in Peking beendet hatte. Während seines Aufenthaltes in China versicherte Man Mohan Adhikary, daß er die Ansprüche Chinas auf Tibet anerkenne. Er würde es nicht erlauben, daß von seinem Land aus Aktionen der Exil-Tibeter gegen China ausgingen.

Bisher war es die Praxis der nepalesischen Behörden gewesen, die tibetischen Flüchtlinge zu einer UNO-Stelle nach Kathmandu zu lassen, von wo aus sie ins sichere indische Exil weiterreisen konnten. Bereits zwischen 1992 und 1995 waren 20 Fälle bekannt, in denen nepalesische Grenzpolizisten Tibeter in ihre Heimat deportierten — zumeist ohne Wissen der Behörden in Kathmandu. Seit April jedoch finden Deportationen unter Leitung der nepalesischen Behörden gegen den Willen des UN-Flüchtlingskommissars statt. In einem Fall, der sich im Juli zutrug, bat ein tibetischer Flüchtling einen Arzt in Nepal, ihm zum Selbstmord zu verhelfen, damit er nicht an die Chinesen ausgeliefert würde.

Europa im China-Fieber

Bei der EU in Brüssel kursieren Pläne, die finanzielle Hilfe der europäischen Gemeinschaft an China von 20 Millionen ECU pro Jahr zu verdreifachen. Gleichzeitig wollen die Europäer mit einer Kampagne ihr Image in China aufpolieren, um den Handel anzukurbeln. Die Europäer hinken wirtschaftlich weit hinter den Amerikanern her, besonders was die ausländischen Investitionen in China betrifft, die nur vier Prozent an den ausländischen Gesamtinvestitionen ausmachen. „Dies könnte negative Auswirkungen nicht nur auf den zukünftigen Handel haben, sondern schwächt die globale Konkurrenzfähigkeit der EU,“ heißt es in Brüssel. Die chinesische Regierung entgegnete den Europäern selbstbewußt, sie müßten bessere finanzielle Bedingungen schaffen und ihre Preise senken, wenn sie eine Chance in der „sehr wettbewerbsfähigen sozialistischen Marktwirtschaft“ haben wollten. Benachteiligungen für chinesische Exporte auf dem europäischen Markt seien nicht hinzunehmen. Anfang Juli veröffentlichte die Europäische Kommis-

sion ihr erstes Strategiepapier zur europäischen China-politik. Das Ziel müsse es sein, dauerhafte Verbindungen zu China herzustellen, da China eine immer größere Rolle im Weltgeschehen zukomme. „Seine wachsende wirtschaftliche, politische und militärische Stärke gibt China eine größere Rolle als je zuvor im Weltgeschehen. Das ist eine positive Entwicklung,“ kommentierte Leon Brittain die Offensive der EU. Was die Kaufkraft betrifft, so die Einschätzung in Brüssel, sei Chinas Markt mit dem Japans zu vergleichen; das gilt auch für den Bedarf an Energie und anderen Ressourcen. Außerdem sei China einer der größten Waffenproduzenten und -exporteure und eine wachsende strategische Macht in Asien. All diese Entwicklungen zusammengenommen deuteten darauf hin, wie wichtig eine Zusammenarbeit mit China sei. Europa müsse auch deshalb seinen Einfluß geltend machen, um über den wirtschaftlichen Hebel zu demokratischen Verhältnissen in China beizutragen. Allerdings hält es die EU in der Frage der Menschenrechte wie die Clinton-Administration: Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit wird nicht von Verbesserungen der Menschenrechtslage in China abhängig gemacht.

Aufgeschnappt

Gendün Rinchen geflohen: Der berühmteste Menschenrechtler Tibets, der Reiseleiter Gendün Rinchen, ist aus seiner Heimat nach Indien geflohen. Er war im Mai 1993 verhaftet und „konterrevolutionärer Aktivitäten“ beschuldigt worden. Dann setzten ihn die Behörden auf freien Fuß, stellten ihn jedoch unter Polizeiaufsicht. Im indischen Exil angekommen, bedankte er sich bei allen Tibet-Freunden, die ihn während seiner Haft unterstützt hatten.

100 patriotische Filme will die chinesische Regierung im Zuge ihres Kampfes gegen den Unabhängigkeitsgeist der Tibeter demnächst in Tibet verbreiten, inklusive einschlägiger kommunistischer Kriegsklassiker.

Die Meistbegünstigungsklausel für China ist von den USA erneut verlängert worden. Zwar sei die Menschenrechtslage „unannehmbar“, Clinton gewähre dennoch Handelsvorteile, weil Peking seinen Bürgern zumindest das Recht auf Auswanderung und Reisen zubillige, heißt es aus dem Weißen Haus.

Der Dalai Lama reiste Anfang September für zehn Tage in die USA. Die Clinton-Administration geriet in Verlegenheit, denn sie ist gerade dabei, ihr gespanntes Verhältnis zu China wieder aufzubessern. Dennoch fand Clinton fünf Minuten Zeit, den Dalai Lama während seines Gesprächs mit Al Gore zu treffen.

Ein drittes Ozonloch entdeckten Wissenschaftler über dem Dach der Welt. Das „Ozontal“ soll einen Durchmesser von rund 1.000 Kilometern haben; im Sommer läge der Ozongehalt der Atmosphäre über Tibet um elf Prozent niedriger als normal.



**Der Ehrwürdige
Geshe Ngawang Dhargyey
ist gestorben**

Der Ehrwürdige Geshe Ngawang Dhargyey ist am 11. August 1995 in Dunedin (Neuseeland) verstorben. Nach seinem Tod verblieb er für weitere drei Tage in Meditation.

1921 in Kham geboren, begann er seine klösterliche Ausbildung als kleiner Junge in Lona Gönpa, einem Sakya-Kloster seines Dorfes. Mit 18 Jahren ging er nach Lhasa, um an der Klosteruniversität Sera das Studium aufzunehmen. 1959 floh er, wie viele seiner Landsleute, ins indische Exil, wo er in Buxa die Prüfung zum Geshe-Lharampa ablegte. Danach lehrte er zwölf Jahre lang an der „Library of Tibetan Works and Archives“ in Dharamsala. 1985 siedelte er sich in Neuseeland an und gründete das „Dhargyey Buddhist Centre“ in Dunedin, das der Dalai Lama 1992 besuchte.

Die Beerdigung wurde am 17. August nach tibetischer Tradition unter der Leitung seines Schülers Kuscho Lhagoen Rinpotsche vollzogen, der vor zwei Monaten nach Dunedin kam, als sein Meister erkrankte. Geshe Ngawang Dhargyey war ein international anerkannter Gelehrter und Meister der buddhistischen Philosophie und Meditation.

*Ewald Hein und Günther Boelmann:
Tibet – Der weiße Tempel von Tholing.*

185 Seiten, 78 DM, 29 sw Abb., 20 farbige Abb.,
22 Farbtafeln. Melina-Verlag, Ratingen 1994.
ISBN 3-929255-06-5

Das Buch handelt von einem Tempel, der sich 400 Kilometer nordöstlich von Delhi und 450 Kilometer südöstlich von Leh (Ladakh) in Tholing befindet, im ehemaligen Königreich von Guge in Westtibet. Dieser Tempel ist heute in einem sehr schlechten Zustand. Die Wände sind undicht, Wasser beginnt, die Malereien herunterzulaufen. Es ist ganz klar, daß die Bilder, mit denen der Tempel reichlich ausgestattet ist, nicht mehr allzulange erhalten bleiben. Ewald Hein und Günther Boelmann haben wahrscheinlich vieles gesehen und dieses unter nicht optimalen Umständen gut abgebildet. Angesichts der äußerst bedrohlichen Situation der tibetischen Kultur kann eine solche Arbeit gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Die Autoren waren sehr fleißig, wenn es darum ging, dem Leser die nicht allgemein bekannten Informationen über Geschichte, Religion und Kultur zur Verfügung zu stellen: Einschließlich Karte, Vorwort, Einführung nehmen diese Erklärungen über Guges Geschichte, Architektur und Kunst gut 70 Seiten ein – mehr als ein Drittel des gesamten Buches. Hinzu kommt ein Anhang von 25 Seiten. Nach geduldiger Lektüre trifft der Leser auf der Seite 95 auf den Satz: „Nachdem jetzt das äußere Erscheinungsbild des Tempels vertraut ist, wenden wir uns dem eigentlichen Anliegen dieses Buches zu, den Fresken im Sanctum.“ Hier kommt das Dilemma zum Vorschein, in dem sich die Autoren befunden haben mögen: Sie waren in Tibet, haben einmalige Kunstwerke gesehen, sie sind selber „begeisterte Freunde des tibetischen Volkes und seiner Kultur“, doch haben sie nicht soviel Bildmaterial gesammelt, wie es notwendig gewesen wäre, um einen ganzen Bildband zu füllen. Trotzdem ist ein Bildband entstanden, und vermutlich kam es dem Verlag zupaß, daß er trotz des ungleichgewichtigen Bild-/Textverhältnisses für das fertige Produkt DM 78,- verlangen konnte.

Trotz formaler Kritik will ich nicht leugnen, daß ich viel Freude hatte, die schönen Bilder anzuschauen und die tibetischen Namen der Buddhas usw. zu lesen. Auch erfährt der Leser etwas über das „Kosmische System der Dreikörper-Lehre“ in Tabellenform, was sehr informativ ist. Erwähnenswert ist noch ein Schema, anhand dessen man etwas über die Malweise lernen kann. Diesem Buch sind auf jeder Seite die Freude und Begeisterung anzumerken, die bei den Autoren vorhanden gewesen sein müssen.

Es ist ihr Verdienst, einen Tempel einigermaßen ausführlich fotografiert und besprochen zu haben, der während der „Kuturrevolution“ stark in Mitleidenschaft gezogen wurde, dessen Verfall abzusehen ist und der heute unbekannt, unbewohnt und ohne Beachtung dasteht.

Harry Boenke